

Tschetschenische Flüchtlinge in der BRD

Und wie verhält sich Deutschland zu den massiven Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation und insbesondere in Tschetschenien?

Zwar hat Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Antrittsbesuch in Moskau die russische Haltung zu Tschetschenien öffentlich kritisiert und seither wiederholt Menschenrechtsverletzungen thematisiert. Doch zu einer konsequenten Menschenrechtspolitik gehört insbesondere der Schutz von Menschen, die vor ebendiesen Menschenrechtsverletzungen nach Deutschland geflohen und häufig schwer traumatisiert sind. Hier klafft – nicht nur im Fall tschetschenischer Flüchtlinge – eine gewaltige Schutzlücke.

Im Jahr 2006 waren 40.2% der Asylsuchenden aus Russland Tschetschenen. Tschetschenische Flüchtlinge werden in den Statistiken über die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jedoch nicht gesondert erfasst, sondern dem Herkunftsland „Russ. Föderation“ zugeordnet. Die Anerkennungsquote des BAMF bei Flüchtlingen aus Russland lag bei 13.4%¹. In Österreich liegt die Anerkennungsquote für Tschetschenen dagegen bei über 90%, in Dänemark bei 83%.

In den Ablehnungsbescheiden werden häufig Textbausteine verwendet, die kaum auf das individuelle Verfolgungsschicksal der Betroffenen eingehen und Berichte über Folter verharmlosen. Zudem werden die Flüchtlinge oft auf eine angebliche inländische Fluchtalternative verwiesen, ohne dass im Einzelfall geprüft wird, ob diese konkret besteht und auch erreicht werden kann².

Wir fordern den konsequenten Schutz tschetschenischer Flüchtlinge in Deutschland – es gibt keinen Weg zurück.

¹ Art. 16a GG, § 60 I und § 60 II, III, V, VII AufenthG zusammengerechnet.

² vgl. dazu ausführlich RA Bernward Ostrop, Vor unseren Augen, in: Tschetschenien – kein Weg zurück, H. Böll-Stiftung 2006.

**Oktober 2006: Mord in Moskau
Oktober 2007: Goldene Kuppeln für
Putin**

..... und die Menschenrechte?



**Anna Politkowskaja,
ermordet am 7.10.2006**

**Flüchtlingsrat Wiesbaden e. V.
info@fluechtlingsrat-wiesbaden.de**



www.amnesty-wiesbaden.de

Menschenrechte in der russischen Föderation

In der Russischen Föderation, insbesondere in Tschetschenien, sind schwerste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

Im Jahresbericht 2007 von amnesty international heißt es: *„Die Polizei setzte sich vielerorts über Vorschriften zum Schutz von Häftlingen vor Folterungen hinweg. Im Nordkaukasus und dort insbesondere in Tschetschenien kam es weiterhin zu extralegalen Hinrichtungen, willkürlichen Inhaftierungen, Folterungen in offiziellen wie inoffiziellen Haftzentren, Entführungen und dem »Verschwindenlassen« von Menschen. Die in Tschetschenien für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen kamen in der Regel straffrei davon, während Personen, die sich in ihrem Ringen um Gerechtigkeit nicht beirren ließen, schikaniert und mit dem Tod bedroht wurden.*

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sprach Russland im Berichtszeitraum schuldig, die Rechte auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person verletzt, gegen das Folterverbot verstoßen und die Rechte auf Schutz der Privatsphäre und der Familie missachtet zu haben. (...) Personen, die sich an die russischen Gerichte oder an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wandten, um zu ihrem Recht zu gelangen, sahen sich Einschüchterungsversuchen durch die Behörden ausgesetzt. Auch Anwälte, die die Interessen dieser Menschen vertraten, wurden schikaniert. (...) Nach Schätzung zwischenstaatlicher Organisationen lag die Zahl der durch den Konflikt in Tschetschenien intern vertriebenen Menschen noch immer bei etwa 180 000. (...)“

Im März verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus, das keine expliziten Schutzgarantien für Personen enthält, die im Zuge von Antiterror Operationen festgenommen werden.

Wir fordern: Herr Putin, beenden Sie umgehend Folter, extralegale Hinrichtungen, willkürliche Verhaftungen und „Verschwindenlassen“ von Oppositionellen in der Russischen Föderation, insbesondere in Tschetschenien!

Presse- und Meinungsfreiheit

Menschenrechtsverteidiger und Journalistinnen geraten immer wieder ins Visier der Behörden, die die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit mit drastischen Mitteln zu unterdrücken versuchten. Journalisten sehen sich Einschüchterungsversuchen, Anschlägen und strafrechtlicher Verfolgung aufgrund von Anklagen ausgesetzt, die jeder Grundlage entbehren.

Anna Politkowskaja bezahlte ihr Engagement mit dem Leben. Am 7. Oktober 2006 wurde sie in ihrem Wohnhaus erschossen. In ihren Artikeln und Büchern³ kritisierte sie die Politik Putins scharf: *„Putin, der dem finstersten aller russischen Geheimdienste entstammt, (...) rechnet ab mit denjenigen, die sich allzu aufmüpfig gebärden, erstickt Meinungsvielfalt und Freiheit im Keim.“*⁴ Mit Beiträgen in der Tageszeitung Novaja Gazeta hatte sie den Konflikt in Tschetschenien kritisch begleitet und war für ihre couragierte Berichterstattung mehrfach ausgezeichnet worden. Auch Gewaltexzesse innerhalb der Streitkräfte, staatliche Korruption und Polizeibrutalität hatte Politkowskaja immer wieder ans Tageslicht gebracht. Bitter musste sie konstatieren, dass ihre Bemühungen, bei deutschen Bundestagsabgeordneten Unterstützung für einen politischen Vermittlungsprozess im Tschetschenienkonflikt durch Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft nach dem Vorbild des Komitees der Soldatenmütter zu erhalten, lediglich mit hohlen Politikerphrasen abgewimmelt wurden⁵.

Putin bemühte sich, die Rolle der Ermordeten kleinzureden, ihr politischer Einfluss sei *„äußerst unbedeutend“* gewesen⁶.

Wir fordern die lückenlose Aufklärung des Mordes an Anna Politkowskaja und die sofortige Beendigung von Repressionen gegen Menschenrechtler und Journalistinnen in Russland.

³ Auf Deutsch sind von ihr u.a. erschienen: Tschetschenien, Die Wahrheit über den Krieg (2003), In Putins Russland (2005) und Russisches Tagebuch (2007).

⁴ Politkowskaja, In Putins Russland, S. 11.

⁵ Politkowskaja im Vorwort zu `In Putins Russland`.

⁶ Sonja Mikich im Vorwort zum Russischen Tagebuch.